



Produktivitätsorientierte Lohnpolitik

Unter einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik wird bei stabilen Preisen die Orientierung der Erhöhung der Nominallohnsätze an der Steigerungsrate der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität verstanden. Der lohnpolitische Verteilungsspielraum wird damit vor allem durch den gesamtwirtschaftlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität bestimmt. Ziel dieser Orientierung ist einerseits ein stabiles gesamtwirtschaftliches Preisniveau, andererseits soll aber auch die Beschäftigung stabilisiert werden. Verteilungspolitische Ziele, wie sie von den Gewerkschaften verfolgt werden, sollen demgegenüber zurücktreten. Es ist zu empfehlen, zuerst das Dokument 2-12 (Produktivität und Lohnstückkosten) zu lesen.

Grundkonzept: Löhne und Produktivität wachsen im Gleichschritt

Das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik wurde schon in den Fünfziger- und Sechzigerjahren entwickelt, um die Lohnpolitik mit dem Ziel der Preisniveaustabilität in Einklang zu bringen. In den Sechzigerjahren griff der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das Konzept auf und entwickelte dieses weiter (siehe Übersicht). Nach der produktivitätsorientierten Lohnpolitik sollen Löhne und Gehälter bei stabilen Preisen jeweils nur um den gleichen Prozentsatz wachsen wie die gesamtwirtschaftliche (durchschnittliche) Arbeitsproduktivität. In diesem Fall bleiben die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten (Arbeitskosten je produzierter Gütereinheit) konstant, d. h., von der Lohnkostenseite her wird die Produktion nicht verteuert und der gewinnmaximale Arbeitseinsatz ändert sich nicht. Dadurch erreicht der Ansatz zwei Ziele: Erstens die Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, was in Zeiten der Vollbeschäftigung während der Fünfziger- und Sechzigerjahre auch das vorrangige Ziel des Ansatzes war, und zweitens die Stabilisierung des Beschäftigungsstands.

Kostenneutrale Lohnpolitik

Allerdings ist dieser Ansatz durch verschiedene Überlegungen erweitert und präzisiert worden. Da die Lohnstückkosten nicht nur durch die Lohnkosten, sondern auch durch die

Lohnpolitische Orientierungen im Überblick

Produktivitätsorientierte Lohnpolitik	Lohn steigt im Ausmaß des Produktivitätszuwachses
Kostenniveauneutrale Lohnpolitik	Summe aus Lohn und Lohnnebenkosten steigt im Ausmaß des Produktivitätszuwachses
Beschäftigungsneutrale Lohnpolitik	Lohn steigt im Ausmaß des um die sog. Entlassungsproduktivität bereinigten Produktivitätszuwachses
Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik	Lohn steigt weniger als der um die sog. Entlassungsproduktivität bereinigte Produktivitätszuwachs

Lohnnebenkosten – besonders die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber – beeinflusst werden, muss sich das Konzept an den Arbeitskosten orientieren. Kostenneutral ist eine Lohnpolitik dann, wenn die Arbeitskosten nicht stärker als die durchschnittliche Arbeitsproduktivität wachsen. Dies wird als kostenneutrale Lohnpolitik bezeichnet.

Beschäftigungsneutrale Lohnpolitik

Das Konzept der beschäftigungsneutralen Lohnpolitik baut auf der Überlegung auf, dass der beschäftigungsneutral verteilbare Produktivitätsanstieg nicht unbedingt mit dem Zu-



wachs der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität identisch ist. Denn bei sinkender Beschäftigung ist der Anstieg der Arbeitsproduktivität statistisch überzeichnet: Da vor allem unterdurchschnittlich produktive Arbeitsplätze abgebaut werden, steigt die gemessene Durchschnittsproduktivität an. In Perioden mit sinkender Beschäftigung ist die durchschnittliche Arbeitsproduktivität um die sogenannte Entlassungsproduktivität zu bereinigen. Diese lässt sich allerdings kaum rechnerisch exakt ermitteln, sodass die Entlassungsproduktivität in die tarifpolitische Praxis bisher nur ansatzweise Eingang gefunden hat. Der Sachverständigenrat ermittelt den beschäftigungsneutralen Verteilungsspielraum als Summe der Zuwachsraten der um Beschäftigungsänderungen bereinigten Grenzproduktivität der Arbeit und des entsprechenden Preisindex. Eigentlich müsste der Deflator der inländischen Wertschöpfung verwendet werden, da lediglich die Entwicklung der Produzentenpreise gemessen werden sollten. Dieser Deflator steht jedoch nicht zur Verfügung, weshalb der Sachverständigenrat den Deflator des Bruttoinlandsprodukts (siehe Lexikon) verwendet, der um indirekte Steuererhöhungen (z. B. Mehrwert- oder Tabaksteuer) und Erhöhungen administrativer Preise (z. B. Gesundheitsleistungen) korrigiert wird. Die Gewerkschaften fordern dagegen zur Durchsetzung höherer Lohnsteigerungen und zur Erreichung ihres Verteilungsziels die Verwendung des Verbraucherpreisindex, der alle Preiserhöhungen berücksichtigt.

Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik

Bei Unterbeschäftigung kann der (um die Entlassungsproduktivität) bereinigte durchschnittliche Produktivitätsanstieg natürlich nicht voll ausgeschöpft werden. Denn Lohnerhöhungen im Ausmaß des Produktivitätswachstums sind für die Unternehmen „nur“ kostenneutral, schaffen aber von der Kostenseite her keine Anreize, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Um in Zeiten mit Unterbeschäftigung Beschäftigungsimpulse zu entfachen, muss die Lohnpolitik dazu beitragen, dass die (Arbeits-)Kosten der Unternehmen sinken. Dieser Überlegung trägt das Konzept der beschäftigungsorientierten Lohnpolitik Rechnung. Es verlangt, dass ein Teil des bereinigten Produktivitätsgewinns nicht in die Erhöhung der Einkommen fließt, sondern für Beschäftigungsaufbau genutzt wird. Der Sachverständigenrat empfiehlt dementsprechend, bei den Tariflohnsteigerungen den lohnpolitischen Verteilungsspielraum so lange nicht auszuschöpfen, bis Vollbeschäftigung erreicht ist.

Allen Modifizierungen liegt als Orientierungsgröße die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Durchschnittsproduktivität zugrunde. In der Praxis bedeutet dies, dass sich alle Branchen am gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und nicht an der branchenspezifischen Produktivitätsentwicklung orientieren sollen. In den letzten Jahren ist der Sachverständigenrat von dieser Position abgewichen und hat eine Orientierung an der Entwicklung der Branchenproduktivität gefordert. Dagegen sprechen zwei Argumente: Erstens entwickeln sich die Branchenproduktivitäten unstetig. Es gibt Jahre mit stark steigender Produktivität und solche mit sinkender. Die Lohnentwicklung wäre viel volatil und für die Unternehmen auch unberechenbarer als bei einer Orientierung am gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Zweitens gibt es Branchen, die sehr arbeitsintensiv sind (zum Beispiel der Dienstleistungssektor) und in denen die Möglichkeiten begrenzt sind, durch den technischen Fortschritt angebotene Produktivitätsgewinne zu erzielen. Würde zum Beispiel im Friseurhandwerk die Branchenproduktivität als Orientierung für Lohnsteigerungen herangezogen, würden die Lohnerhöhungen dieses Handwerks hinter der in anderen Branchen zurückbleiben. Die Folge wäre, dass Friseurmeister keine Auszubildenden mehr bekommen würden und ihre Dienstleistung zu einem knappen und damit recht teuren Gut würde. Infolge der Preiserhöhungen könnten die Friseure dann aber höhere Löhne zahlen, sodass es wieder interessanter werden würde, sich zum Friseur ausbilden zu lassen. Die extreme Lohnabkoppelung eines Sektors würde demnach durch den Markt automatisch korrigiert.